

Sozialdemokrat

Die sudetendeutschen
Sozialisten
an den
Welt-Jugendkongress

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII, Fojšova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Donnerstag, 1. September 1938

Nr. 205

Deutschland am Scheidewege

Botschafter Henderson im Berliner Außenamt

Volle Übereinstimmung zwischen England und Frankreich

Henderson bei Ribbentrop

Berlin. (Neuer.) An zuständigen Stellen verlautet, daß der britische Botschafter Henderson oder Reichsaußenminister von Ribbentrop den Reichskanzler Hitler über die Empfehlungen und Beschlüsse des britischen Kabinetts informieren werden. Botschafter Henderson traf Mittwoch nachmittags in Berlin ein und begab sich sofort ins Auswärtige Amt. In Kreisen des Auswärtigen Amtes wird erklärt, es sei sehr wahrscheinlich, daß Ende der Woche Henlein mit Hitler zusammenkommen werde. Inzwischen wird Hitler mit dem politischen Berater, darunter auch dem ehemaligen Reichsaußenminister und nunmehrigen Vorsitzenden des Geheimen Rates von Neurath, die Lage prüfen. Ueber die Aussichten auf eine Regelung des Konfliktes in der Tschechoslowakei an deutschen politischen Stellen herrscht ein sehr ermutigendes Gefühl vor, obwohl hervorgehoben wird, daß alles davon abhängt, was Botschafter Henderson aus London mitbringen wird.

In englischen Kreisen wird es als selbstverständlich angesehen, daß er dem deutschen Außenamt Informationen über die Vorgänge in London erteilen wird, doch wird er keine offizielle diplomatische Demarche unternehmen. Man wartet auf die Entwicklung der Ereignisse in Prag und vor allem darauf, ob die Sudetendeutsche Partei nunmehr die Vorschläge der tschechoslowakischen Regierung als Verhandlungsgrundlage annehmen wird. Die britische Regierung will nichts tun, was die im Augenblick in höchstem Maße heisse Stimmung trüben könnte. Deshalb wurde auch von dem Plane Abstand genommen, Hitler ein Schreiben zu senden, obwohl verlautet, daß diese Form des Appells noch angewendet werden könnte, falls die Verhandlungen in Prag nicht vom Tische kämen.

London gibt die Hoffnung nicht auf

Der britische amtliche Rundfunk verbreitete folgenden Bericht:

Sir Neville Henderson ist heute abends mittels Flugzeuges von London nach Berlin zurückgekehrt. Die Ministerberatungen, an denen der britische Botschafter in Berlin während seines Aufenthaltes in London teilnahm, haben es Sir Neville Henderson ermöglicht, mit völliger und vertraulicher Kenntnis der Absichten des Ministerpräsidenten und seiner Kollegen nach Berlin zurückzukehren. Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß Sir Neville Henderson nicht nach London berufen wurde, um hier Instruktionen für irgendwelche neue Mitteilungen an die deutsche Regierung entgegenzunehmen. Die britischen offiziellen Kreise sind sich allerdings des Einflusses bewußt, den Hitler auf die Sudetendeutschen im Sinne einer Mäßigung, einer Selbstbeherrschung und einer konstruktiven Verhältnissetzung ausüben kann, aber im gegenwärtigen Augenblicke meint man, daß die neue Periode der Verhandlungen in Prag der Schlüssel zu einem Fortschritt in der Richtung einer friedlichen Lösung ist. Die Berichte über die Entwicklung der letzten Sondierungsbestrebungen im Wege einer Diskussion zwischen beiden Parteien werden hoffnungsvoll erwartet.

Aus Italien melden die Pariser Blätter, daß die Presseangriffe gegen Frankreich und England in den letzten Tagen bereits verschwunden sind. Die letzten Vorschläge der Prager Regierung werden von den italienischen Blättern günstig beurteilt, wobei sie hinzufügen, daß sie geeignet sind, in der Richtung einer friedlichen Entwicklung zu wirken. Man hält es für wahrscheinlich, daß der britische Charge d'affaires in Rom, Sir Noel Charles, die italienische Regierung ersucht hat, ihren Einfluß in Berlin geltend zu machen und so die britischen Friedensbestrebungen zu unterstützen.

Auch die Pariser Presse erwidert den Schwerpunkt der internationalen Situation, der sich um das tschechoslowakische Problem gebildet hat, in der diplomatischen Tätigkeit der britischen Regierung.

Prag. Von den zahlreichen diplomatischen Vorgesprächen und Unterredungen des gestrigen Tages ist der Besuch des englischen Botschafters in Berlin Henderson im Auswärtigen Amt an erster Stelle zu nennen. Wenn auch die Bedeutung der anderen politischen Unterredungen, so die Zusammenkunft des tschechoslowakischen Gesandten in London Jan Masaryk mit dem amerikanischen Botschafter Kennedy, in die Augen springend ist, so ist es doch unzweifelhaft, daß sie alle nur den Möglichkeiten galten, welche die Entscheidung Deutschlands schaffen könnte. Dort, in Berlin, wird die Entscheidung fallen und dort liegt auch die Verantwortung.

Kennedy bei Jan Masaryk

London. Der amerikanische Botschafter in London Kennedy suchte Mittwoch den tschechoslowakischen Gesandten in London Jan Masaryk auf. Gesandter Masaryk hatte vorher eine Konferenz im britischen Außenamt.

Außenminister Halifax hatte nachmittags eine Unterredung mit Winston Churchill, die 40 Minuten dauerte. Halifax verhandelte auch mit dem Leiter der polnischen Botschaft.

Unterredung Corbin—Halifax

London. Der französische Botschafter in London Corbin, der Dienstag Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Daladier und mit Außenminister Bonnet hatte, ist Mittwoch in London eingetroffen, und hatte eine Unterredung mit Lord Halifax, die sich auf die gesamte europäische Situation, insbesondere aber auf die tschechoslowakische Frage bezog. Bei dieser Unterredung konnte neuerlich die engste Übereinstimmung der britischen und der französischen Regierung in allen Fragen festgestellt werden, über die gesprochen wurde. Beide Regierungen sind überzeugt, daß Lord Runciman seine Mission fortsetzen soll und sie hoffen, daß zwischen der Prager Regierung und der Sudetendeutschen Partei nützliche Verhandlungen im Geiste gegenseitiger Verschönllichkeit und ohne jedweden Druck aus dem Auslande aufgenommen werden.

Konferenzen Bonnets

Paris. 31. August. Außenminister Georges Bonnet empfing Mittwoch nachmittags den

Sowjetbotschafter in Paris Surög und den amerikanischen Botschafter Bullitt, ferner den englischen Geschäftsträger in Paris Campbell.

Henlein holt Instruktionen

Prag. Zwei Aussprachen, eine zwischen Lord Runciman und Abg. Kundt, die andere zwischen Abt. Gwattin und Henlein, werden in dem täglichen Bulletin mit der üblichen Kürze vermerkt. Während aber nach der englischen Auffassung, die auch in der Rundfunkerklärung zum Ausdruck kommt, eine Lösung in den Verhandlungen in Prag zu suchen ist, kündigt die „Zeit“ eine Reise Henleins zu Hitler an. Gleichzeitig bezweckt eine Presseerklärung der SDP, der Partei seit für die Präzisierung ihrer Stellung zu den neuen Vorschlägen der Regierung zu schaffen. Nach der bereits einmal geäußerten Methode erklärt die SDP, ihr sei von neuen Vorschlägen der Regierung nichts bekannt und sie könne daher auf solche Vorschläge keine Antwort geben.

Hodža berichtet dem Ministerrat

Prag. Der Ausschuss der politischen Minister hielt Mittwoch nachmittags eine Sitzung ab, in der er einen Situationsbericht des Vorsitzenden der Regierung Dr. Hodža anhörte, den er einstimmig genehmigte.

Der Vorsitzende der Regierung Dr. Hodža empfing Mittwoch vormittag den Gesandten der französischen Republik in Prag Grafen de Lauroy.

Militärisches und Politisches aus Deutschland

Berichte aus Süd und Nord

Die „Deutschlandberichte“ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die durch ihre Verlässlichkeit bekannt sind, enthalten in ihrer neuesten Folge eine Schilderung der allgemeinen Situation in Deutschland, wobei uns die Nachrichten über die militärischen Vorbereitungen des Landes, darüber, was das Volk über einen kommenden Krieg denkt, und die Stimmung unter den Soldaten besonders interessieren. Wir führen aus den Berichten einiges an:

Die militärischen Vorbereitungen

Die fieberhaften militärischen Vorbereitungen, vor allem an der Westgrenze, werden fortgesetzt. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die vor kurzem eingeführte allgemeine Dienstpflicht in erster Linie dem Zweck dient, die für diese Vorbereitungen notwendigen Arbeitskräfte bereitzustellen. Ebenso steht der Erlass des Wehrleistungsgesetzes damit in Zusammenhang. Parallel mit diesen Vorbereitungen läuft ein umfangreicher Ausbau des Luftschutzes, der auf Grund neuer erlassener neuer Verordnungen zu einem umfassenden Selbstschutz der gesamten Bevölkerung ausgestaltet werden soll. Ueber die militärischen Vorbereitungen wird im einzelnen berichtet:

In Südwestdeutschland haben die Besitzer von Lastkraftwagen Gestellungsbeschele erhalten, sich an einem bestimmten Tag für Transporte an die Westgrenze bereit zu halten. Heute sind im Westen Tausende von Arbeitern beim Bau der Befestigungen beschäftigt. Alle zweihundert Meter

kann man eine Baustelle beobachten, auf der 60 bis 80 Mann tätig sind. Die Abordnung von Bauarbeitern für die Befestigungsarbeiten hat in manchen Bezirken einen solchen Umfang angenommen, daß auf den meisten privaten Wohnungsbauten nicht mehr gearbeitet wird.

In einem zweiten Bericht wird dargelegt, daß das nervöse Tempo der militärischen Vorbereitungen anhält. Auf allen Bahnhöfen, auch auf den kleinsten, kann man abgestellte Waggonen mit militärischem Gerät oder Festungsmaterial sehen. Auf verschiedenen Bahnhöfen werden Arbeiten zur Verbreiterung der Gleisanlagen und zur Herrichtung von Laderampen durchgeführt. Die Eisenbahntunnel sind seit einiger Zeit bewacht, auch in ihnen wird gearbeitet. Bei Pirmasens wurde eine zweite Bahnlinie gelegt, für die auch ein besonderer Tunnel gebaut wurde. Vor den Tunneln werden umfangreiche Drahtverhaue angebracht. Es gibt heute zahlreiche Orte an der Grenze, die mehr Militär und Arbeitsdienst besaßen als Einwohner. Da die Schulhäuser, Wirtschaften, Kasernen und andere Möglichkeiten zur Unterbringung nicht ausreichen, sind überall Zelte gebaut worden. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Teilweise wird auch nachts bei Scheinwerferbeleuchtung gearbeitet.

Das Volk und der Krieg

Von entscheidender Bedeutung für die Einschätzung der deutschen Kriegsbereitschaft ist die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gauverfassung und nationaler Friede

In dem Komplex der nationalen Probleme, die in der Tschechoslowakei ihrer Lösung harren und für den Frieden Europas von so schicksalsschwerer Bedeutung sind, nimmt die Frage der Verwaltung einen besonderen Platz ein. In den ursprünglichen Entwürfen hatte man vorwiegend an zwei Reformen auf diesem Gebiet gedacht: an eine Erweiterung der Bezirksverwaltung und an die Beseitigung des ohnehin unwürdigen Zustandes, der durch die Verwaltungsreform von 1927 eingetreten ist. Wieder wie vor 1927 sollte das Länderelement und nicht die Bürokratie in der Bezirksverwaltung die Führung haben, was darin zum Ausdruck kommen sollte, daß nicht der Bezirkshauptmann, sondern der von der Bezirksvertretung erwählte Vorsitzende an der Spitze der Verwaltung stehen würde. Die andere Reform hätte die Länderverwaltung getroffen, in der es zur Bildung nationaler Kurien hätte kommen sollen; diese Kurien hätten vor allem gewisse Fragen der Kulturverwaltung zu entscheiden gehabt.

In der letzten Zeit steht nun im Mittelpunkt der Verhandlungen ein neuer Plan, dessen Kern in der Einführung einer Gauverfassung besteht. Schon bei der Geschwerdung der tschechoslowakischen Verfassung durch die revolutionäre Nationalversammlung hat man die Einführung von Gauen beschlossen. Diese Gau-Einführung ist wohl in der Slowakei in Kraft getreten, wo sie dann durch die Länderverfassung von 1927 wieder beseitigt wurde, während es zur Einführung der Gawe in den böhmischen Ländern niemals gekommen ist. Die Gauverfassung von 1920 hat, vom sudetendeutschen Standpunkt betrachtet, schwere Mängel aufgewiesen. Man hätte sich redlich bemüht, die Entschiedenheit von deutschen Gauen möglichst zu verhindern, wobei man allerdings zwei deutsche Gawe, Karlsbad und Böhm.-Leipa, doch aufgeben mußte. Ein Beispiel, wie man es damals schlecht gemacht hat, ist die Tatsache, daß man das industrielle Gebiet von Teplitz, Dux und Brüx mit dem agrarischen Gebiet von Laun zusammengepackt hatte, wobei die Stadt Laun, die in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung einen Vergleich weder mit Teplitz noch mit Brüx aushält, zur Gau-Hauptstadt bestimmt war. Redlich hat man es mit den nordböhmischen und sächsischen deutschen Gebieten Böhmens gemacht, die zwischen die Gawe Jungbunzlau und Pardubitz aufgeteilt wurden.

Die Fehler, die man damals machte, wird man nun wohl in der neuen Gauverfassung zu vermeiden versuchen, denn die neue Verwaltung soll nicht allein den nationalen Interessen des tschechischen Volkes dienen, sondern den Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung, wobei vor allem verwaltungstechnische Grundzüge zur Anwendung gelangen sollten. Von diesem Standpunkt aus müssen national und wirtschaftlich zusammengehörende Gebiete oder solche, die verteilungspolitisch zusammenhängen, auch einen einheitlichen Gau bilden. Gerade das Gebiet zwischen Ruzhitz und Komotau ist das klassische Beispiel für die Zusammengehörigkeit eines Landstriches; er bildet in nationaler, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine Einheit.

Vom Gesichtspunkt einer modernen Verwaltung aus ist eine demokratische Dezentralisation aller großer Verwaltungsgebiete, wie es zum Beispiel das Land Böhmen ist, notwendig. Es ist ein Konsens, daß ein Land, welches die Hälfte der Bevölkerung des Staates umfaßt, auch eine Verwaltungseinheit ist. Notwendig ist vielmehr die Schöpfung kleinerer Verwaltungsgebiete, wo die regionalen Interessen der einzelnen Landstriche ihre wirksame Vertretung finden können. Gerade der Regionalismus, dessen Nützlichkeit wir hier schon mehrere Male vertreten haben, würde den nationalen Streit entgiften, indem die wirtschaftlichen und sozialen Lebensinteressen der Bevölkerung bestimmter Gebiete einen sachlichen Ausdruck fänden. Nur in kleineren Verwaltungseinheiten kann auch das Länderelement eine zweckentsprechende und wirksame Funktion ausüben, denn gerade die Aufgabe des nichtbeamteten Laien in der Verwaltung besteht darin, die Dinge nicht aus den Älten, sondern aus der konkreten Anschauung heraus zu betrachten. Heute aber kann kein böhmischer Landesvertreter die Verhältnisse im Bezirk Uch ebenso kennen wie im Bezirk Neuhaus.

Die Gausverwaltung könnte also ein Schritt zur Modernisierung unserer Verwaltung und gleichzeitig zur nationalen Befriedung sein.

Vorschläge zu bringen, die geeignet sind, die Wünsche aller jener Sudetendeutschen zu befriedigen, die nicht Totalität sondern Demokratie, nicht Krieg sondern Frieden wollen; ein solches konkretes Programm, über das, wie wir hören, die Öffentlichkeit in den nächsten Tagen amtlich informiert werden soll, ist lebhaft zu begrüßen.

Meine Ansicht, daß nur ein Krieg das deutsche Volk von der Diktatur erlösen könne. Man muß dieser Ansicht unter allen Umständen entgegenzutreten. Nicht der Krieg kann Deutschland von der Diktatur erlösen, sondern Deutschland kann sich nur selbst von ihr befreien.

zung für die sudeten-deutsche Frage als Befürchtung vor den Folgen, die aus dem Eintreten für die Frage entstehen könnten. Im Leitartikel der „Times“ wird neuerlich betont, daß die britische Regierung von dem Streben nach einer friedlichen Lösung auf der Grundlage eines gerechten Kompromisses geleitet ist, zu welchem die Tschchoslowaken und die Ränderstaaten beitragen müssen.

Militärisches und Politisches aus Deutschland

(Fortsetzung von Seite 1)

Antwort auf die Frage, inwieweit das deutsche Volk auf den Krieg geistig vorbereitet ist. Nach den unabhängig voneinander aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Berichten kann festgesetzt werden, daß dieses moralische Kriegspotential des deutschen Volkes weit geringer ist als 1914.

Wenn man noch ein Probejahr auferlegen könnte, das sie absolvieren müßten, bevor man sie als Kriegsdienstleistende annahm. Heute muß die Armee sich die Leute schon suchen und die guten Soldaten erzählen immer wieder, wie die Offiziere sie zum Längerdienste zu betrogen berufen.

Die Verantwortung der SdP

Der diplomatische Korrespondent der „Times“ stellt die Lage Mitteleuropas folgendermaßen dar:

Es ist klar, daß in antilichem Kreise Nachdruck darauf gelegt wird, daß keine Entscheidung angekündigt oder vielleicht getroffen werden wird, solange kein Bericht darüber einläuft, wie sich die Sudetendeutschen zu dem neuen tschechoslowakischen Angebot verhalten.

Die allgemeine Situation unter den Diktatoren kann man auf den Satz bringen: „Wenn bloß ein Krieg käme“. Die Leute können sich einfach kein anderes Ende der Diktatur vorstellen, als durch eine Niederlage im Kriege.

Wachsende Gleichgültigkeit der Bevölkerung

Alle Berichte über wachsende Mißstimmung und Unzufriedenheit im Dritten Reich bedürfen einer Korrektur: Sie geben ein falsches Bild von der geistigen Verfassung des deutschen Volkes, wenn sie nicht ergänzt werden durch den Hinweis auf die wachsende Entpolitisierung, die zunehmende Indifferenz, die erstaunliche Abgestumptheit der großen Masse des Volkes.

Die Stimmung unter den Soldaten

In der letzten Zeit sind aus den meisten Landbestritten Meldungen darüber eingelaufen, daß nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch unter den Soldaten sich die Stimmung fortgesetzt verschlechtert. Als Gründe werden dafür schlechte Behandlung, schlechtes Essen, die zweijährige Dienstzeit und die drohende Nähe eines Krieges angegeben.

Die allgemeine Stimmung in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine weitverbreitete politische Indifferenz. Die große Masse des Volkes ist völlig abgestumpft und will von Politik einfach nichts mehr wissen. So hat z. B. die Angliederung Oesterreichs nicht entfernt die Begeisterung und nachhaltige Wirkung ausgelöst, wie etwa drei Jahre vorher die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die Soldaten werden von Monat zu Monat unzufriedener. Allgemein ist die Klage darüber, daß die Behandlung und das Essen viel schlechter sind als vor einem Jahre. Dabei klagen nicht nur Arbeiterlöhne, sondern auch Leute aus Beamtenkreisen und aus Familien, die durchaus national sind.

Das Erschütterndste ist die Unkenntnis weiter Kreise über das, was in Deutschland wirklich vor sich geht. Der Wehrdienst hat in den letzten Monaten Gelegenheit gehabt, verschiedenen Leuten die letzten beiden Bücher von Konrad Heiden zum Lesen zu geben.

Der beste Beweis für die Stimmung im Heer ist die Tatsache, daß man sich heute schon wieder sehr bemühen muß, die Leute zum Längerdienste zu gewinnen. Vor einem Jahre hatte das Militär noch einen solchen Andrang von Verwehrenden für die längere Dienstzeit, daß man diesen Bewer-

„Weder Krieg noch Frieden!“

Der „Illustration“ Ruderer Codarienu, ein der Tschchoslowakei nicht wohlgesinntes Blatt, schreibt in seinem Leitartikel vom 29. August, daß ein Angriff Deutschlands auf die Tschchoslowakei keineswegs wahrscheinlich ist, da Deutschland heute nicht mit der Neutralität der Westmächte rechnen könne.

DIE SPIONIN

VON W. STERNFELD

Der belgische Advokat Braun, den man Hermine zur Verteidigung beigegeben hatte, hatte ein schweres Amt übernommen. An der Schuld der Angeklagten war nichts zu rütteln, und die Schmeichelei der Tat ließ es unmöglich erscheinen, noch etwas für sie zu erhoffen.

ische und gleicher Parteit, gleichem Hoffnungs und gleicher Heimaliebe. — Vielleicht auch mit gleicher Sangesfreude. Einst wird der Tag kommen, wo Sie ihren Lieben zurückgegeben sein werden, sie umarmen können, wo Sie sich mit ihnen wiederfinden im Frieden in der Wärme Ihres Heims.

Der Effekt der Rede war stark. Belgische Ohrengeigen berichten, daß sie hier auf den hartesten Soldatengesichtern zum ersten Male ein menschliches Rühren gesehen hätten. — Doch das Verbrechen, das Hermine begangen hatte, war zu groß, die Folgen für das deutsche Heer waren zu schwer gewesen, als daß ein anderes als das Todesurteil hätte gesprochen werden können.

Auf Veranlassung ihres Verteidigers reichte Hermine noch in der Nacht ein Gnadengesuch ein, obwohl man ihr sagte, daß ihr nur geringe Aussicht bestehe, daß ihm entsprochen werde.

Nach vielen Wochen des Wartens kam endlich die Entscheidung. Sowohl Lampert als auch Hermine hatte man begnadigt. Lampert wurde bald darauf ganz in Freiheit gesetzt, da er in deutsche Dienste getreten war, und Hermine, deren Todesurteil man in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt hatte, wurde in das Zuchthaus zu Sieburg im Rheinland überführt.

menschliches Verständnis für die schwierige Lage der politischen Gefangenen und besonders für die Motive ihrer Handlungsweise.

Hermine war mit einer großen Zahl Französinnen und Belgierinnen in Einzelzellen interniert. Zuweilen führte man sie unter Bewachung zur Erledigung kleiner Einkäufe in die Stadt. Trotz diesem verhältnismäßig angenehmen Dasein sah Hermine sehr bald eine Gefangenenpsychose. Unaufhörlich mußte sie an ihr Schicksal denken, im Alter von zweiundzwanzig Jahren ihr Leben hinter Gittermauern verbringen zu sollen.

(Fortsetzung folgt)

